

Argu-Liner Bundestagswahl 2021 FDP Hamburg

Wirtschaft

1. Wir Freie Demokraten wollen die in Hamburg wichtigen Branchen Handel, Gastronomie, Tourismus und Events bei ihrem Neustart nach Corona unterstützen. Wir wollen die Wirtschaft, Arbeitsplätze und Wohlstand nach der Corona Krise stärken und sichern. Deswegen sind wir für eine schnelle Hilfe durch „Negative Gewinnsteuer“ in Krisenzeiten. Das heißt, dass eine kurzfristige Liquiditätshilfe direkt vom Finanzamt ausgezahlt werden kann. Statt Steuervorauszahlungen von den Konten der Unternehmen abzubuchen, überweisen die Finanzämter eine negative Einkommen- beziehungsweise Körperschaftsteuer als Liquiditätssoforthilfe: die „Negative Gewinnsteuer“.
2. Der Mittelstand, der Kern unserer Wirtschaft, muss langfristig sichere Rahmenbedingungen in Deutschland haben. Voraussetzungen hierfür sind eine flächendeckend zukunftstaugliche digitale Infrastruktur, leistungsfähige Verkehrswege und ein starkes duales Bildungssystem.
3. Für einen Neustart nach Corona müssen wir die Abgabenquote für die Menschen und Unternehmen in Deutschland senken. Wir Freie Demokraten wollen eine Trendwende bei der Abgabenquote erreichen und die Abgabenbelastung für die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber wieder auf unter 40 Prozent senken.
4. Wir Freie Demokraten wollen, dass im Jahr 2025 in Deutschland 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts investiert werden – und zwar vor allem privat und nicht vorrangig vom Staat. Zudem sollen die Sozialausgaben in Deutschland nicht mehr als 50 Prozent des Bundeshaushalts ausmachen.

Digitalisierung

5. Bildung ist der Schlüssel der Zukunft. Bildung ist die Grundlage von Freiheit und Selbstbestimmung. Das Aufstiegsversprechen kann nur eingehalten werden, wenn die Menschen durch gute Bildung befähigt sind, ihren eigenen Weg zu gehen. Der Wert und die Wichtigkeit von Bildung sind allen Menschen in Deutschland gerade in den Zeiten des Lockdowns besonders bewusst geworden.
6. In der Corona Krise ist für alle offensichtlich geworden, dass der Staat ein dringendes Update bei der Digitalisierung braucht! Unser Ziel ist es, dass in Zukunft alle Behörden- und Amtsangelegenheiten so digital und einfach für jeden Bürger und jede Bürgerin sein müssen, wie beispielsweise das Einkaufen in einem Onlineshop, das Streamen von Musik oder das gemeinsame Arbeiten im Internet.
7. Unsere gesamte Arbeitswelt hat ihren Wandel durch Corona noch einmal beschleunigt. Deswegen fordern wir Freie Demokraten flexible Arbeitszeiten und mobile Arbeit für die Zukunft. Wir wollen mehr Flexibilität im Arbeitszeitgesetz und wollen eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit.

Freiheitsrechte

8. Wir Freie Demokraten setzen auf Freiheit, Rechtsstaat und Bürgerrechte, die auch in Krisenzeiten gelten und nicht als „Privilegien“ abgetan werden dürfen, die uns nach Belieben zugeteilt oder vorenthalten werden können. Sicherheit - ob vor Pandemien oder Kriminalität - muss nicht zulasten der Grundrechte unbescholtener Bürgerinnen und Bürger gehen.
9. Unsere Grund- und Freiheitsrechte dürfen nicht von Gremien beraten und dann tatsächlich eingeschränkt werden, die unsere Verfassung nicht vorsieht. Alle geplanten Einschränkungen der Grundrechte müssen in den Parlamenten diskutiert werden, bevor es zu Beschlüssen der Regierungen im Bund und Ländern kommen kann.
10. In Zeiten zunehmender Polarisierung müssen wir die Presse- und Meinungsfreiheit schützen. Das gilt bei Angriffen auf die Freiheit von radikalen Gruppen, wie auch bei Einflussnahmen von Staaten auf die Meinung in anderen Ländern über die sozialen Netzwerke. Die Meinungsfreiheit ist aber auch durch identitäre Ideologen und die sogenannte Cancel Culture gefährdet.
11. Wir Freie Demokraten wollen eine wirksame Kontrolle großer Unternehmen der Digitalwirtschaft, die Zugänge zum Internet kontrollieren, schaffen. Solche Gatekeeper-Unternehmen, die als Betreiber einer Suchmaschine, als soziales Netzwerk oder als dominierende Handelsplattform die Wettbewerbsbedingungen kleiner oder mittlerer Unternehmen entscheidend beeinflussen können, müssen angemessen besteuert werden und einer speziellen Regulierung unterworfen werden.

Klima- und Umweltschutz

12. Wir bekennen uns als Freie Demokraten zum 1,5 Grad-Ziel. Bei der großen Zukunftsfrage unserer Generation setzen wir Freie Demokraten auf Klima- und Umweltschutz durch Innovation. Dazu setzen wir auf einen verbindlichen und vor allem wirksamen CO₂-Deckel. Wir Freie Demokraten wollen den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren und geographisch ausweiten. Die Politik gibt vor, wieviel CO₂ im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. Das garantiert, dass wir die Klimaziele einhalten und fördert gleichzeitig Innovation und Wettbewerb.
13. Wir Freie Demokraten wollen zudem mehr für Emissionsausgleich und CO₂-Reduzierung durch die Natur selbst tun. Deswegen setzen wir uns national wie international für mehr Aufforstungen und den Schutz bestehender Wälder ein. Beim Klimawandel müssen wir auch stärker über Anpassung reden, Verbote sind nicht die Lösung.
14. Klimaschutz darf nicht gegen andere Bedürfnisse und Notwendigkeiten des Alltags der Menschen ausgespielt werden. Individuelle Mobilität ist Freiheit. Durch die von uns geforderte Ausweitung des CO₂-Emissionshandels werden sich umwelt- und klimafreundliche Motoren und alternative Kraftstoffe durchsetzen, weil sie gegenüber emissionsstarken Produkten günstiger werden.

Wohnen

15. Wohnraum in unseren Städten wird knapper, die Mieten steigen immer weiter. Dagegen hilft vor allem: Mehr Flächen mobilisieren und mehr bauen. Auch der Traum vom Eigenheim rückt durch hohe Kosten für immer mehr Menschen in weite Ferne. Wir Freie Demokraten wollen dafür sorgen, dass Wohnen auch in Zukunft bezahlbar bleibt und sich der Traum vom Eigenheim für mehr Menschen erfüllen lässt. Deshalb fordern wir einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer, Vorrang für Wohnungsbau, Genehmigungsverfahren beschleunigen (modulares Bauen fördern/digitales Baugenehmigungsverfahren entwickeln), Baulücken- und Potentialflächenkataster einführen, Entbürokratisierung von Dachausbau/ Stellplatz- und Aufzugspflicht. Enteignungen von Wohnungsbesitzern oder ein bundesweiter Mietendeckel kommt für uns nicht in Frage.
16. Wir Freie Demokraten wollen Bauen günstiger machen. Durch die Vielzahl von Vorschriften entstehen massive Kosten. Daher wollen wir einen Baukosten-TÜV einführen, der neue Regelungen auf ihre Kosten für Bauen und Wohnen ermittelt. Unser Ziel ist es, kostenverursachende Normen zu vermeiden und den Entscheiderinnen und Entscheidern eine transparente Grundlage für ihr Handeln zur Verfügung zu stellen. Insbesondere EU-Richtlinien dürfen nicht über das erforderliche Maß hinaus umgesetzt werden.

Europa

17. Wir Freie Demokraten fordern, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) nach der Krise wieder in vollem Umfang in Kraft gesetzt wird. Zu den Grundlagen der europäischen Finanzpolitik zählen für uns Freie Demokraten unverändert die Begrenzung von Haushaltsdefiziten und Schuldenstand der öffentlichen Haushalte in den einzelnen Ländern (Maastricht-Kriterien). Außerdem streben wir eine Reform des Paktes an, indem die Sanktionen für diejenigen Länder verschärft werden, die dauerhaft gegen die Prinzipien der öffentlichen Haushaltsführung verstoßen.

Demografischer Wandel und Alterssicherung

18. Wir Freie Demokraten wollen eine „enkelfitte Rente“ für alle. Dazu soll der Renteneintritt nach schwedischem Vorbild flexibel gestaltet werden. Wir wollen die Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip organisieren. So können Bausteine aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge je nach Lebenslage flexibel kombiniert und an moderne Lebensläufe angepasst werden. Alle Ansprüche aus diesem „Rentenbaukasten“ sollen bei Wechseln zwischen Arbeitgebern oder zwischen Beschäftigung und Selbstständigkeit flexibel mitgenommen werden können. Wir wollen eine gesetzliche Aktienrente, bei der ein Teil der gezahlten Beiträge in einem Rentenfonds am Kapitalmarkt langfristig angelegt wird.
19. Bei der Einwanderung nach Deutschland und Europa kommt es darauf an, dass Europa die Kontrolle behält und Einwanderung steuern kann. Dazu wollen wir in Europa ein Punktesystem einführen, das sich an den Bedarfen auf dem deutschen und europäischen Arbeitsmarkt orientiert. Das hält Einwanderung in geregelten Bahnen und gibt den Menschen, die zu uns kommen wollen, eine echte Perspektive auf eine gesicherte Existenz.